

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Preis: durch die Post ohne Frangobrief 1,75, vierteljährlich 5,20 durch die
Postträger wöchentlich 40 A frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und in den Filialen 6 A,
bei den Straßenhändlern 10 A. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 A.
Kreuzabonnements monatlich 2,70, für das Ausland 4.—

Redaktion:
Fehlandstraße 11, 1. Stod.
Hamburg 36.

Expedition:
Fehlandstraße 11. Echhofshof.

Anzeigen die neugespaltene Zeitzeile oder deren Raum 45 A auswärts 88% pM. Teuerungszuschlag.
Anzeigen in den Anzeigenblättern 35 A. Anzeigen in den Anzeigenblättern 35 A. Anzeigen in den Anzeigenblättern 35 A.
Anzeigen in den Anzeigenblättern 35 A. Anzeigen in den Anzeigenblättern 35 A. Anzeigen in den Anzeigenblättern 35 A.

Sozialdemokratie und Friede.

Eine Erklärung der deutschen Sozialisten Oesterreichs an die Internationale.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs bei der Zusammenkunft in Holland, die Reichsratsabgeordneten Ellenbogen und Seig, haben in Haag dem Vorsitzenden des Internationalen Sozialistischen Komitees, Troelstra, eine Erklärung überreicht, die die Antwort der deutsch-österreichischen Parteileitung an die Sozialisten der Entente-Länder auf ihr Londoner Memorandum vom 24. Februar 1918 enthält. Da dieses Memorandum erst kürzlich noch — in Nr. 150 des „Hamb. Echo“ — hier eingehend besprochen wurde, dürfen wir seinen Inhalt als bekannt voraussetzen. Es sei nur nochmals daran erinnert, daß diese Kriegsziele der Entente-Sozialisten eine ganze Reihe von Forderungen aufweist, mit denen wir Sozialdemokraten Deutschlands und Oesterreichs uns einverstanden erklären sollen, bevor sich die Sozialisten Englands, Frankreichs und Amerikas bereit erklären wollen, mit uns auf einer internationalen Konferenz zur Besprechung der Friedensfragen zusammenzutreten. Demgegenüber hat bereits in der „Neuen Zeit“ vom 7. Juni d. J. Heinrich Cunow den einzig richtigen Standpunkt vertreten, daß wir die Kriegsziele der Entente-Sozialisten nicht anders bewerten können als unsere eigene Erklärung zur Friedenskonferenz in Stockholm, nämlich als einen bloß unverbindlichen Vorschlag für die Verhandlungen. Bevor nun noch die deutsche Partei eine diesen Standpunkt entsprechende Antwort auf das Londoner Memorandum erteilt hat, ist die oben erwähnte Erklärung unserer österreichischen Genossen erschienen. Sie hat nach der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Juni folgenden Wortlaut:

Ein Friede, der den allgemeinen Grundgedanken der internationalen Sozialdemokratie vollkommen entsprechen sollte, müßte folgende Grundzüge verewwischen:

1. Vereinigung aller Völker zu einer Liga der Nationen, die die internationale Arbeit durchführt, alle Streitigkeiten zwischen den Staaten der Entente und der Mittelmächte durch internationale Gerichte unterwirft und jedem Staate, der das Völkerrecht verletzt, die gemeinsame Kraft des ganzen Völkerbundes gegenüberstellt.
2. Keinerlei Annexionen, Abzug aller territorialen Streitfragen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.
3. Keinerlei Kontraktionen, gleiche Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung für alle Völker, Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges.

Auf ein solcher Friede könnte als ein wirklich demokratischer Friede bezogen werden, nur er eine wirklich demokratische Ordnung in der Welt begründet. Ein solcher demokratischer Friede kann nicht durch den Sieg einer oder der anderen der beiden imperialistischen Mächtegruppen erreicht werden. Der Sieg des einen oder des anderen Imperialismus würde das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht berücksichtigen, sondern verweigern. Wenn zum Beispiel Italien einen vollständigen Sieg über Oesterreich-Ungarn erzielte, so würde der italienische Imperialismus nicht nur die italienischen, sondern auch große Teile der östlichen Gebiete Oesterreichs zu gewinnen trachten. Wenn umgekehrt Oesterreich-Ungarn einen vollständigen Sieg über Italien erlangte, so würden sich die österreichischen Imperialisten für berechtigt halten, nicht nur den Italienern im eigenen Gebiet das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, sondern sie würden auch unter dem Vorwand, die französischen Grenzen günstiger zu gestalten, italienische Gebiete annektieren wollen, ohne deren Bevölkerung zu fragen. Ebenso würden Frankreich und Deutschland, wenn Frankreich siegte, so würde der französische Imperialismus nicht nur Elsass-Lothringen, sondern wahrscheinlich auch Teile des nicht-Elsass-Lothringens, sondern wahrscheinlich auch Teile des nördlichen Rheinlandes zu annektieren trachten. Wenn umgekehrt Deutschland einen vollständigen Sieg über Frankreich erlangte, so würde es nicht nur Elsass-Lothringen behalten, sondern die deutschen Imperialisten würden auch die Ergebnisse französisch-Lothringens gegen den Willen ihrer Bevölkerung zu annektieren suchen. In beiden Fällen wäre das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt.

Wären die Mittelmächte vollständig siegreich, so würden sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht Irlands, Ägyptens, Arabiens proklamieren, aber die Regelung der Rechte ihrer eigenen Völker als innere Angelegenheit erklären. Siegte umgekehrt die Entente, so würde sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Irland, Ägypten, Arabien einem äußeren Zeitpunkt vorbehalten. Der Sieg des Imperialismus würde einen wieder anderen Mächtegruppe kann also keinesfalls eine demokratische Ordnung begründen.

Aber auch ein sogenannter Verständigungsfriede, wie von kapitalistischen Gesellschaften aus geschlossen, wird keineswegs die Grundzüge der internationalen Sozialdemokratie vollständig berücksichtigen können. Denn ein solcher Verständigungsfriede wäre nichts anderes als ein Kompromiß zwischen dem Imperialismus der Mittelmächte und dem Imperialismus der Entente. Sein Inhalt wäre nicht durch die Ideale der Sozialdemokratie bestimmt, sondern durch die Machtverhältnisse zwischen den kapitalistischen Regierungen. Er würde bestenfalls kein neues Unrecht schaffen, aber alles Unrecht fortbestehen lassen.

Der Krieg ist demnach überhaupt kein Mittel, eine demokratische Ordnung in die Welt zu schaffen. Er kann in keinem Falle die Ideale der internationalen Sozialdemokratie verwirklichen. Die Proletariate aller Völker haben die Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der abzuschließende Friede diesen Idealen, soweit es möglich ist, entspricht und insbesondere die weitere Entwicklung in unserem Sinne ermöglicht. Diese Pflicht liegt ihnen ob, obwohl sie überdies sind, daß die wirklich demokratische Neugestaltung der Welt nicht als Ergebnis des Krieges durch einen Friedensschluß kapitalistischer Regierungen verwirklicht werden kann, sondern das Ergebnis des Klassenkampfes und der sozialen Revolutionen sein wird.

Die Völker, aus schließlichen Bündnis, können den Krieg nicht so lange fortsetzen, bis das Proletariat überall die Macht an sich zu reißen vermag. Die Völker brauchen den baldigen Frieden.

Sie können daher nicht auf einen Frieden bestehen, der die Grundzüge der internationalen Sozialdemokratie vollkommen verwirklicht, sondern müssen die Regierungen zu möglichst baldigem Friedensschluß drängen, auch wenn der Inhalt des Friedens, der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen in der internationalen Sozialdemokratie weit zurückbleiben müßte.

Solange das Proletariat in den einzelnen Ländern die politische Macht nicht erobert hat, kann der Krieg nur entweder durch einen Siegfrieden beendet werden, den die folgende Partei der unterliegenden liefert, oder durch einen Verständigungsfrieden, der ein Kompromiß zwischen den Forderungen der Parteien darstellt. Unseres Erachtens muß die internationale Sozialdemokratie mit aller Kraft für den Frieden des Kompromisses, für den Verständigungsfrieden eintreten, obwohl

auch dieser Verständigungsfriede den demokratischen Idealen nicht weit genügen können. Aus folgenden Gründen müssen wir den baldigen Verständigungsfrieden der Fortführung des Krieges vorziehen:

1. Ein Verständigungsfriede ist heute schon möglich. Soll dagegen der Friede erst durch den Sieg einer der beiden Kriegsparteien erreicht werden, so müßte der Krieg noch jahrelang fortgesetzt werden; die furchtbaren Opfer, die dem Proletariat aller Länder auferlegt sind, würden ungeheuer vergrößert.
2. Ein Siegfriede würde Nebenbegriffe bei der bestiegten Partei zurücklassen und dadurch zur Ursache neuer Kriege werden. Ein Verständigungsfriede würde die Annäherung der Völker erleichtern und damit die Bürgschaft der Dauer in sich tragen.
3. Ein Siegfriede würde die Autorität des Militarismus und des Imperialismus in der siegenden Ländergruppe bestärken und dadurch die Demokratisierung dieser Länder erschweren. Ein Verständigungsfriede dagegen, der keiner der beiden Parteien einen wesentlichen Machtzuwachs brächte, würde alle Völker überzeugen, daß der Krieg, den die kapitalistischen Regierungen heraufbeschworen haben, den Völkern nur unnötige Opfer, aber keinen Gewinn gebracht hat, und würde daher die demokratischen, sozialistischen und sozialistischen Tendenzen in allen Ländern genötigt stärken. Diese Wirkung wird besonders dann sehr stark sein, wenn sich die Regierungen unter dem Druck der internationalen Sozialdemokratie zum Verständigungsfrieden entschließen müßten. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, durch ihre Aktion die Regierungen zum Verständigungsfriede zu bringen, so wird sie den Völkern als die Bringerin des Friedens, als die Befreierin von Krieg und Kriegsspeken erscheinen. Millionen werden dadurch für den Sozialismus gewonnen werden. Ein Verständigungsfriede, unter dem Druck der internationalen Sozialdemokratie geschlossen, wird daher in allen Ländern den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, des Sozialismus über den Kapitalismus näherbringen.

Aus diesen Gründen glauben wir, daß die Sozialdemokratie an den Frieden keine Forderungen stellen darf, die nur im Falle des vollständigen Sieges der einen oder anderen Kriegspartei durchgesetzt werden könnten, deren Verwirklichung daher mit der Verlängerung des Krieges erlaubt werden müßte und nur im Rahmen eines Siegfriedes möglich wäre. Wir glauben vielmehr, daß es die wichtigste Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie ist, die Regierungen mit aller Kraft zum baldigen Abschluß eines Friedens zu drängen, der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nur ein Verständigungsfriede sein kann.

Wenn nun eingewendet wird, daß gerade die jetzige Kriegslage nicht geeignet sei, solche Verhandlungen einzuleiten, weil der psychologische Moment dafür erst dann gegeben sei, wenn der Krieg stillsteht und beide Parteien erkennen, daß sie einander nicht entscheidend zu besiegen imstande sind, so können wir das verstehen. Aber wir müssen darauf verweisen, daß im ganzen Verlauf des Krieges die Ungunst oder Günstigkeit der Kriegslage von den Regierungen beider Seiten als Vorwand zur Ablehnung von Friedensverhandlungen benutzt wurde und daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich demgegenüber jederzeit und ohne Rücksicht auf die Kriegslage die Einleitung von Friedensverhandlungen verlangt hat. Je früher sich das Proletariat in allen kriegführenden Ländern zu einem Druck auf ihre Regierungen im Sinne des Friedens entschließt, um so eher wird es seinem Einfluß nicht nur auf die Einleitung von Friedensverhandlungen überhaupt, sondern auch auf deren Inhalt und die künftige Gestaltung der Dinge ausüben können.

Soweit die Erklärung der deutsch-österreichischen Parteileitung, die in einigen Schlussbemerkungen dann noch Stellung nimmt zu verschiedenen in der Internationale erhobenen Forderungen, worin u. a. gesagt wird, die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs schließt sich den sozialpolitischen Forderungen der internationalen Gemäßigtenkonferenzen von Bern und Leeds an; sie fordert die Umgestaltung Oesterreichs in eine föderale autonome Staaten, sowie die Schaffung eines Bundes der freien Balkanvölker; sie lehnt jede Annexion der von Rußland losgerissenen Randvölker durch die Mittelmächte ab; sie fordert die Wiederherstellung und Entschärfung Belgiens. Die Frage, wer die Entscheidung zu leisten habe, dürfte nicht entscheidend für die Fortsetzung des Krieges sein. In den Fragen Elsass-Lothringens, Italiens, Polens, der Türkei und der tropischen Kolonien dürfte die grundsätzliche demokratische Forderung des Selbstbestimmungsrechtes gleichfalls nicht zum Hindernis eines baldigen Friedens werden. Die Sozialdemokratie werde nur ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen müssen, daß der Friedensvertrag auch in diesen nationalen Fragen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker soweit als möglich entgegenkomme.

Die Erklärung der deutsch-österreichischen Parteileitung beschränkt sich also im wesentlichen auf eine Darlegung sozialistischer Friedensgrundzüge, von denen ohne weiteres und von vornherein feststeht, daß sie von den Mächten, die heute die Völker regieren und den Krieg führen, nicht verwirklicht werden können. Von dieser Erkenntnis ausgehend, wird den sozialistischen Parteien in allen Ländern die Aufgabe zugewiesen, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß ein Friede zustandekommt, der so weit als möglich den demokratischen Forderungen gerecht wird. Auf die schnelle Herbeiführung eines solchen Friedens wird das größte Gewicht gelegt. Keine demokratische Forderung soll ein Hindernis für den Friedens sein. Mit anderen Worten: wenn wir bald einen Frieden haben können, der nur ganz minimale Zugeständnisse an die Demokratie enthält, so würden wir diesen Frieden doch mit aller Kraft herbeiführen helfen — auch wenn uns in Aussicht gestellt würde, daß ein über Jahr und Tag abgeschlossener Friede viel weitergehende demokratische Forderungen erfüllen würde. Denn wir glauben nicht an die Verwirklichung demokratischer Ziele durch den Krieg; wir sehen in der Fortsetzung des Krieges nur eine steigende Gefährdung aller Grundlagen menschlicher Kultur und die Zerschmetterung aller Voraussetzungen für eine künftige demokratische sozialistische Entwicklung.

In dieser Grundvorstellung herrscht ohne Zweifel volle Übereinstimmung zwischen den sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Oesterreichs. Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese oder jene Formulierung in der Erklärung der Oesterreicher uns Deutschen zweckmäßig erscheint oder nicht, können deshalb nur von nebensächlicher Bedeutung sein. Ebenso unterliegt es aber auch leider gar keinem Zweifel, daß viele Sozialisten Frankreichs, Englands und Amerikas noch immer dem wohlbekanntesten Grundgesetz halben, daß der Krieg bis zur Erreichung gewisser pseudodemokratischer Ziele fortgesetzt werden müsse. So lange dieser Wahnsinn dort vorherrscht, ist eine internationale Verständigung der Arbeiterparteien so gut wie ausgeschlossen.

Kommt aber diese Verständigung nicht zustande, dann schaltet die Sozialdemokratie als internationaler Faktor sich selbst aus und es bleibt gegenüber der größeren Gefahr des reinen Nachfriedens nur das kleinere Übel des Verständigungsfriedens der Kapitalistenklassen, von dem die österreichische Memorandum mit Recht sagt, daß er heute schon möglich wäre. Wird ihm ein Weg bereitet, so wird die deutsche Sozialdemokratie jedenfalls nichts tun, was ihn verzögern könnte. Die Verantwortung für alles, was er der Arbeiterklasse schuldig bleibt, trifft dann die Parteien der Länder, die keine Verständigung mit uns gewollt haben.

gungsfriedens der Kapitalistenklassen, von dem die österreichische Memorandum mit Recht sagt, daß er heute schon möglich wäre. Wird ihm ein Weg bereitet, so wird die deutsche Sozialdemokratie jedenfalls nichts tun, was ihn verzögern könnte. Die Verantwortung für alles, was er der Arbeiterklasse schuldig bleibt, trifft dann die Parteien der Länder, die keine Verständigung mit uns gewollt haben.

Erkundungsvorstöße der Feinde.

191454 Gefangene seit 21. März 1918.
Amtlich. Großes Hauptquartier, 30. Juni.
Weltlicher Kriegsausflug.

In den Kampfschritten wüßlich der Zug und sichtlich der Mühe hielt insbisher erhöhte Anstrengung an. Am Abend lebte sie auch an der übrigen Front zwischen Ples und Marne auf. Kleinere Infanteriegefechte. Bei stärkeren Vorstößen des Feindes sichtlich des Unzuges und bei erfolgreicher eigener Unternehmung am Hartmannswillerkopf machten wir Gefangene.
Leutnant Ober errang seinen 36. Leutnant Ebenhart seinen 31. Luifzug. Leutnant Jakobsohn in den letzten Tagen seinen 20., 21. und 22. Gegner ab.
Amtlich. W. B. Großes Hauptquartier, 1. Juli.
Weltlicher Kriegsausflug.
Deereerguppe Kronprinz Rupprecht.

Die Gefechtsstärke lebte am Abend an vielen Stellen der Front auf. Lebhaftes Erkundungsvorstöße hielt an. Englische Zeilangriffe wüßlich von Albert wurden abgewiesen.
Deereerguppe Kronprinz.
Zwischen Mühe und Marne rege Tätigkeit des Feindes. Mehrfach stieß Infanterie zu starken Erkundungen vor. Bei und sichtlich von L. Merre-Wigle griff der Feind gegen Mittag nach heftiger Feuerbereinigung an. Er wurde abgewiesen. Ebenso scheiterten hier nachstige Vorstöße des Feindes.
Leutnant Ebenhart errang seinen 32. Luifzug.
Nach Abschluß der Feindungen beträgt die Zahl der seit Beginn unserer Angriffsgefechte — 21. März 1918 — bisher über unsere Sammelstellen abgeführten Gefangenen ausschließlich der durch die Frontenunfälle zurückgeführten Besatzungen 191.454. Davon haben die Engländer über 94.939 Gefangene, darunter 4 Generale und etwa 3100 Offiziere, die Franzosen 89.099 Gefangene, darunter 2 Generale und etwa 3100 Offiziere verloren.
Der Feind verlor sich auf Portugiesen, Belgier und Amerikaner.
Von den Schlachtfeldern wurden bisher 2476 Geschütze und 15.024 Maschinengewehre in die Besatzungsteile zurückgeführt.
Der Grise Generalquartiermeister:
Aubendorf.

W. B. Berlin, 1. Juli. Der deutsche Feindbericht vom 1. Juli veröffentlicht die Gefangenen- und Beutegüter aus den Kämpfen im Westen seit dem 21. März 1918. In der gewaltigen Zahl von 191.454 Gefangenen sind, wie der Feindbericht hervorhebt, lediglich die unermüdeten Gefangenen mitgezählt, nicht die verwundeten Gefangenen. Infolge der Gefangenenzahl um lausend über das zweite Fundament; denn bei der Abgabe und Entlassung, mit der sich die Verteidiger vor allem zu Beginn der deutschen Offensive wehrten, waren die blutigen Relikte der Engländer und Franzosen genötigt. Bei der beschleunigten Schnellfahrt, mit der die deutschen Sturmtruppen überall vordrangen, fiel ein großer Teil verwundeter Gefangener in deutscher Hand. Die gemeldete Beute von 2476 Geschützen und 15.024 Maschinengewehren umfaßt gleichfalls nicht die englisch-französischen Gesamtverluste. Die Geschütze und Maschinengewehre fielen ja an zahlreichen Stellen den deutschen Oberoffizieren nicht nur völlig unverletzt in die Hände, sondern auch mit allem Zubehör, Nachmitteln, Patronen, Vorratungen und vor allem mit überreicher Munitionsausstattung. Hunderte von Geschützen, tausende von Maschinengewehren wurden so von der siegenden Truppe ununterschieden in Gebrauch genommen. In diesen Zahlen offenbart sich die ganze Größe des bisher erstrittenen Kampfsieges, das ja nicht die Erreichung der geographischen Linie, sondern der Vernichtung der lebenden und toten Kriegsmittel der Entente gilt. Was an englischen und französischen Streitkräften in den bisherigen Angriffsschlägen außer Gefecht gesetzt worden ist, läßt sich durch noch so große amerikanische Rekruten niemals ersetzen.

Heftige Kämpfe an der Irooler Front.

W. B. Wien, 30. Juni. Amtlich.
Unsere Stellungen an der Hochfläche der Sieben Gemeinden lagen gestern seit 3 Uhr früh unter dem schwersten feindlichen Artilleriefeuer. Dem einzigen unserer feindlichen Angriffe gegen den Col del Rosso und den Monte di Val della folgten. Während die gegen den Col del Rosso gezielten Ausfälle von uns abgewiesen blieben, vermagte an dem Monte di Val della der Italiener nach erbitterten Kämpfen in unsere erste Linie einzudringen, doch wurde er durch Paravalle des ungarischen Infanterie-Regiments Nr. 131 und des Baraniner Regiments Nr. 16 im Gegenstoß wieder hinausgedrängt. Weitere Angriffsbemühungen sowie Teilvorstöße gegen den Sijemol und bei Mago erlitten in unserem Geschütze.
Somit überall Artilleriekampf wechselnder Stärke.

W. B. Wien, 1. Juli. Amtlich.
An der Piave-Front keine besonderen Ereignisse. Sichtlich der Fronten um so mehr zu heftigen Kämpfen. Da der Col del Rosso und der Monte di Val della sich nur unter großen Opfern hätten behaupten lassen, wurde die Besetzung dieser Punkte in die frühere Hauptstellung am Walde von Sienne zurückgenommen.
Sichtlich von Canada bei Mago wiesen wir feindliche Erkundungen ab.
Unsere Land- und Seeflieger unternahmen im Mühlungsgebiet der Piave erfolgreiche Flüge gegen militärische Anlagen des Feindes und kehrten vollständig zurück.
Der Ober des Generalstabes.

Der Verlust des Monte di Val della und des Sasso Rosso.

Italienischer Bericht vom 30. Juni. Auf der Hochfläche von Mago, wo der heidenmütige Widerstand unserer Truppen am 15. Juni bei den Feinden an sich überlegen feindliche Truppen drach und wo italienische, französische und englische Truppen der tapferen 8. Armee in tapferem Widerstand sich durch hartes Artilleriefeuer wieder aufgenötigt und unterläßt durch Diversionen unternommen, die Artillerie und Truppen, energisch von den Alliierten geführt. Unsere Truppen griffen den Monte di Val della an und gelang ihnen, ihn dem Feinde fortzunehmen. Tag und Nacht wurden große Massen des Feindes vergebens zu Gegenangriffen und zum Wasserwurf vorgezogen, sie wurden aber durch unsere Artillerie zurückgeworfen und durch konzentriertes Artilleriefeuer und durch fühne Kampfschiffe mit Maschinengewehren besetzt. Die eroberte Stellung wurde von uns heftig gehalten. Wir machten 21 Offiziere und 788 Mann der feindlichen Truppe, die zu vier verschiedenen Divisionen gehörten, zu Gefangenen. Wir eroberten außerdem Kanonen, Mörser und zahlreiche Maschinengewehre. Mehrere von ihnen, zwischen dem Sienne und Sasso Rosso, nahmen eine unserer Abteilungen den starken Stützpunkt und den feindlichen

Beobachtungspunkt auf den Südhängen des Sasso Rosso im Sturm und machte dabei 2 Offiziere und 81 Mann zu Gefangenen. Auf dem übrigen Teil der Front führte unsere Artillerie wirksam Schützfeuer und Patrouillenunternehmungen bei Capo Sile aus, sie brachten uns Gefangene ein.

Neue Kriegswirren in Rußland.

Die Volkswirtschaft mit Deutschland im Bunde gegen das Eingreifen der Entente?
Das Moskauer Blatt „Nascha Slowo“ schreibt: Die Entente hat sich entschlossen, in Rußland einzugreifen. weil es die deutsche Forderung zur Auslieferung der Schwarzmeer-Flotte angenommen hat. Ein Auftreten der Entente in Sibirien, an der Murmanküste und bei Archangel sei zu gewärtigen. Die Sowjet-Regierung werde in diesem Falle Deutschland um Hilfe bitten.
Wie eine Besichtigung dieser Moskauer Meldung klingt, was Keuter vom gleichen Tage aus Charkow meldet: Oesterreichs-deutsche Kriegsgefangene haben Jekaterinburg. Die Tschecho-Slowaken haben sich in der Richtung Krasnojarsk zurückgezogen.
Jekaterinburg ist die Hauptstadt des gleichnamigen östlichen Generalgouvernements, das südlich an China grenzt und in das während des Krieges viele Kriegsgefangene gebracht worden waren. Es wäre daher durchaus nicht unmöglich, daß die deutschen Kriegsgefangenen jetzt die Sowjetregierung im Kampfe gegen die Tschecho-Slowaken unterstützen. Schon vor mehreren Monaten wurden Nachrichten verbreitet, wonach sich deutsche Kriegsgefangene in Sibirien der nach Krasnojarsk führenden Eisenbahn bemächtigt hätten. Damals wie heute kann es sich allerdings auch um zaristischen Nachrichten handeln, mit denen die englische Propaganda das Eingreifen der Entente begründen und insbesondere auch Japan zum Vorgehen gegen die Volkswirtschaft anspornt will.
Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat das russische Kommissariat der auswärtigen Angelegenheiten durch eine Note bei der englischen Regierung gegen die Anwesenheit englischer Truppen im Murmangebiet Einspruch erhoben. In der Note wird betont, daß das arbeitende russische Volk keine andere Sorge habe, als in Frieden und Freundschaft mit allen anderen Völkern zu leben. Es bedürfe niemand mit Krieg und keine Gefahr könne England von seiner Seite drohen. Der Einspruch der bemanneten englischen Abteilung sei durch keinerlei aggressive Unternehmung russischerseits veranlaßt. Die Note bricht die sichere Erwartung aus, daß die englische Regierung die internationalen Lage widersprechende Maßregel rückgängig machen werde und daß das russische arbeitende Volk, das innigst wünsche, in ungebrochenen freundschaftlichen Beziehungen zu England zu bleiben, nicht gegen seinen Willen in eine Lage verwickelt werde, die seinen aufrichtigsten Bestrebungen nicht entspreche.

Neutrale Friedensvermittlung?

Das holländische Parteiorgan „Het Volk“ schreibt: Da von beiden Seiten im Laufe von nur wenig Tagen Erklärungen erfolgten, daß Schritte, die zu einem Frieden führen könnten, nicht unbeantwortet bleiben würden, aber beide Teile sich weigerten, den ersten Schritt zu tun, so drängt sich die Frage mehr und mehr auf, ob nicht eine der neutralen Regierungen jetzt mit gutem Erfolg ihre Vermittlung anbieten könnte. Jede neutrale Regierung hat sehr großes Interesse daran, daß der Frieden in Gang kommt, und sowohl nach Berliner wie Londoner Stimmen zu urteilen, wird ein solches Angebot nicht als eine unglückliche Gutmüchigkeit oder mitleidige Handlung aufgefaßt werden.
Die französischen Sozialisten zur Friedensfrage.
Laut „Progres de Lyon“ veröffentlichte die Confédération Générale du Travail eine Erklärung, worin nachdrücklich verlangt wird, daß den Arbeiterklassen eine gewisse moralische Unterstützung gegeben, Währungsmaßnahmen getroffen und das Land über die Kriegsziele, die Regierungen unter denen Frieden geschlossen werden könnten, unter denen Frieden geschlossen werden könnte, aufgeklärt werden müsse. Vor allem müsse die wieder auftauchende Forderung des gerechten, dauerhaften Friedens inhaltlich näher umschrieben werden, um so mehr, als jetzt eine gewisse annexionspolitische Kampagne außerhalb Frankreichs stattfindet. Es sei bedauerlich, daß die Entente-Regierungen die Friedensbedingungen immer noch nicht bekanntgegeben hätten.
Für Rede Kühlmanns schreibt der Pariser „Populaire“: Was uns am meisten überrascht, ist die Auforderung Kühlmanns an die Entente, ihm Friedensvorschläge zu unterbreiten und das Eingeständnis der Unzulänglichkeit der rein militärischen Entscheidungen. Kühlmann spricht sich zu Valloir. Jeder fordert den anderen auf, die Initiative zur Aussprache zu ergreifen. Das ist ein sehr edle Bitte; wenn man auf beiden Seiten der Ansicht ist, daß der Augenblick zum Unterhandeln gekommen ist, so möge endlich jeder sagen, was er will. Es ist bezeichnend, weshalb die Regierungen bestanden, wenn man die genaue Angabe ihrer Kriegsziele verlangt. Man muß schließlich vermuten, daß sie ihre Ziele nicht eingesehen haben.“ Das „Journal du Peuple“ führt aus: „Man muß angeben, daß die Rede bezüglich der Kriegsziele der Genauigkeit entbehrt. Man sieht trotzdem eine Anstrengung in dieser Richtung, die man anerkennen muß. Ein Anfang muß gemacht werden. Wenn die sozialistischen Widerheiten in allen Ländern von ihren Regierungen eine Erklärung erzwängen könnten, so wäre ein erster Schritt zur Lösung des Konflikts getan.“
Sembat bespricht in der „Lanterne“ die Rede Kühlmanns ebenfalls und sagt, sie sei zwar kein Friedensangebot, aber eine scharfe Bemerkung, die Friedenssprache von Hindernissen zu säubern.

Däpplische Friedensgebete.

Vom 20. Juni (Peter- und Paulstag) wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Lugano gedachelt:
Deute um Wiltternacht hielt der Papst im Dom von St. Peter die angekündigte große Feiertagsmesse bei und empfing die Kommunion. Die Peter endet um 10 Uhr morgens mit dem Gesang der Mittere. Am Vormittag frönte dann eine ungeheure Menschenmenge nach der Peterskirche, wo Kardinal Merry del Val die Messe zelebrierte.

Branting als Feind der Schwedischen Neutralität.

„Stockholms Tidningen“ handelt sich gegen die Rede Brantings auf der Londoner Konferenz, besonders gegen seine Behauptung, daß die Entente freundschaftlich in Schweden immer mehr wachse, und bemerkt im Anschluß hieran: Wenn Brantings Worte unwidersprochen bleiben würden, so werde das sicherlich für unser Land das größte Unheil bedeuten. Der überwiegende Teil des schwedischen Volkes weigert sich unbedingt, sich für die eine oder andere Partei im Weltkriege einzusetzen. Er ist neutral nicht bloß der Form, sondern auch dem Willen nach, und Branting ist kein Dolmetscher seiner Gefühle.
Wie das Wolff-Bureau hierzu von ausländischer Seite erfährt, mißbilligt auch die schwedische Regierung auf das schärfste die Behauptungen Brantings und hat ihr Verwehren darüber dem deutschen Gesandten in Stockholm zum Ausdruck gebracht.

Der Wirtschaftskrieg der Alliierten.

Britisch-Deutscher von ihrem Londoner Korrespondenten, daß in der nächsten Woche eine interalliierte Konferenz